



Lindauer Hoybote

Seite 2 Statt Rendite: Stadttrendite
Wir sind gekommen, um zu bleiben

Seite 3 Unser Klima im Wandel (3)
... der werfe den ersten Stein

Seite 4 Stau an der Bahnschranke beseitigen !

Nicht nur in der großen Politik

Demokratie verteidigen - auch in Lindau

Interessenvertreter aus allen Richtungen der Wirtschaft bevölkern unsere Hauptstädte. Ob in Brüssel, Berlin oder München, die Paläste der „Regierungsflüsterer“ nehmen an Zahl und Pracht zu. Seit Jahren steigt der Einfluss der Lobbyisten. Die Volksparteien verkommen mehr und mehr zu Marionetten der selbsternannten Fachleute aus der Wirtschaft. Letztes Beispiel für diese Entwicklung lieferte der bayerische Verbraucherschutzminister. Der wechselte nach einem weiteren Fleischskandal nicht etwa zur Stiftung Warentest. Nein, Schnappauf hat keine Skrupel, für ein fettes Gehalt die Seiten zu wechseln. Er wird nun Sprecher des Bundes der Deutschen Industrie.

Vertrauen in die Politik auf dem Nullpunkt

Die CSU drückt damit das Vertrauen in die Politiker gegen Null. Diese Totengräber der Demokratie versuchen auf vielen Ebenen die politische Diskussion abzuwürgen. So müssen, dank der Staatsregierung, in Bayern sogenannte Lokale Aktionsgruppen gegründet werden um an EU-Fördergeldern zu gelangen. In diesen LAG tagen dann die BürgermeisterInnen mit IHK, Bauernverband, Einzelhandelsverband und anderen hauptamtlichen Lobbyisten.

Finanziert wird dies mit Steuermitteln. Für Lindau bezahlen wir 25.000.- Euro jedes Jahr. Es gibt Pläne, die LAG als GmbH zu organisieren. Damit wäre eine öffentliche Kontrolle dieser Gruppen kaum mehr möglich.

Ungeliebtes Alibi-Projekt der Stadtwerke

LiStrom Grün? Ja, aber nicht so!



Es grünt so grün? Woher kommt der grüne LiStrom?

Seit dem 1. Oktober gelten bei den Stadtwerken neue Stromtarife. Und der Kunde hat die Qual der Wahl: Standard, LiStrom oder Li-Connect? Erfreut entdeckte ich im Preisblatt ein weiteres Tarifangebot: „LiStrom grün“. Handelt es sich dabei etwa um Strom, der zu 100% aus erneuerbaren Energien hergestellt wurde? Und welche Projekte sollen durch die mit 3 Cent Aufpreis erzielten Mehreinnahmen gefördert werden? Im Anschreiben der Stadtwerke finden sich keinerlei Hinweise, nicht einmal darauf, dass es diesen neuen Tarif überhaupt gibt. Ein Blick auf die Internetseite der Stadtwerke ergibt ebenfalls Fehlanzeige. Also anrufen! Der Arbeitskreis Energie der Agenda 21 soll Projekte vorschlagen, heißt es. Immerhin. Das ist aber auch schon das Einzige, was ich erfahre. Eigene Ideen scheint es nicht zu geben.

Nun ja, der Strom der Lindauer Stadtwerke ist mit 69% Wasserkraftanteil deutlich klimaschonender als der im Bundesdurchschnitt. Aber wozu LiStrom grün, wenn sich dieser im Strommix nicht vom Standardangebot unterscheidet? Der Strom von „Greenpeace energy“ verursachte im Jahr 2006 mit 25 g Kohlendioxid pro Kilowattstunde lediglich ein Zehntel des Lindauer Wertes. Dabei ist er mit 19,8 Cent pro Kilowattstunde auch noch deutlich billiger als „LiStrom grün“ mit 21,51 Cent. Die erzielten Gewinne werden bei „Greenpeace energy“ in saubere neue Kraftwerke investiert, über die man sich im Internet oder durch zugesandte Broschüren informieren kann. Zum weiteren Vergleich werfe ich einen Blick über die Grenze, dorthin wo unser Strom zum überwiegenden Teil produziert wird. Die

Verlierer haben keine Lobby

Die VerliererInnen unserer Gesellschaft haben keine hauptamtlichen Interessenvertreter. Ebensovwenig wie der Natur- und Umweltschutz. Darum werden deren Meinungen in der Politik unserer Zeit immer weniger beachtet. Auch deshalb wird unsere Gesellschaft immer ungerechter. Klar lässt es sich bequemer regieren, wenn die kritischen Geister außen vor bleiben. Aber es bleibt auch die Qualität unserer Politik auf der Strecke. Wenn der einseitige Einfluss der Wirtschaft nicht korrigiert wird, leidet unsere Gesellschaft Schaden.

Lindauer Negativbeispiel

Solche Entwicklungen sind auch auf städtischer Ebene im Gange. Durch Umfirmierung wurden die Stadwerke Lindau, gegen die Stimmen der Bunten Liste, zur nichtöffentlich-agierenden GmbH. Nun stand eine Strompreiserhöhung an. Nicht die erste und sicher auch nicht die letzte. Bisher konnten die LindauerInnen, die ja Eigentümer ihrer Werke sind, darauf vertrauen, in den für sie günstigsten Tarif gruppiert zu werden. Diesmal bietet die Werkleitung, ohne Rücksprache mit den gewählten StadträtInnen, einen Tarifschub mit vielen Wahlmöglichkeiten an. Auf eine Erklärung wird wohl absichtlich verzichtet. Ein Berater der Werkleitung empfahl, auf die Trägheit der Leute zu bauen. Damit würde die „träge Masse“ der LindauerInnen eine weit höhere Preissteigerung als nötig akzeptieren.

Katastrophaler Imageschaden

Scheinbar kam keiner dieser Spezialisten auf die Idee, dass die einen oder anderen VerbraucherInnen trotzdem nachhaken. Wer es selbst versucht hat, weiß: Die Stadtwerke waren heillos überfordert und konnten viele Fragen nicht beantworten. Der Imageschaden ist enorm und der gute Ruf unserer Stadtwerke erstmal dahin. Früher wäre ein solches Vorgehen im ehrenamtlich und öffentlich tagenden Werkausschuss rechtzeitig gestoppt und korrigiert worden. Es wird höchste Zeit, dass diese qualitätssichernde öffentliche Diskussion bei den Stadtwerken wieder zur Regel wird. (Siehe Kasten)

Kommunen sind keine Konzerne

So wie besagter Werkleiter, träumt auch OB Seidl gern davon, unsere Stadt so autokratisch wie einen Konzern zu leiten. Dies hat aber mit Demokratie nicht mehr viel zu tun. Die Bunte Liste wird auch weiterhin für eine öffentliche und transparente Politik in Lindau eintreten.

Damit die anstehende Kommunalwahl am 2. März 2008 zu einer eindrucksvollen Demonstration für die Demokratie wird: Gehen Sie wählen. Und: Wählen Sie bunt! Damit man draußen sieht, was drinnen vorgeht.

ULI KAISER

Damit man draußen sieht, was drinnen vorgeht!

ÖDP und Bunte Liste haben beantragt: Sitzungen der Aufsichtsräte der Stadtwerke und der GWG finden grundsätzlich öffentlich statt. Ausnahmen sind die Punkte, die zum Wohle der Unternehmen oder beteiligter Dritter zwingend der Verschwiegenheit bedürfen.

Seit Umwandlung in eine GmbH & Co. KG werden Stadtwerke-Angelegenheiten von den Stadträten immer unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten. Bus-, Gas-, Strompreiserhöhungen oder „Beachbar im Eichwald“ werden stets nicht-öffentlich beschlossen. Die Wohnungspolitik bei der GWG wird nur im Geheimen praktiziert. Eine kritische, demokratische Kontrolle durch Medien und Bürger findet nicht statt. Die Bürger werden vor vollendete Tatsachen gestellt. Dieser Mangel an Transparenz und Bürgernähe muss beseitigt werden. Dieser Mangel kann beseitigt werden, wenn neben ÖDP und Bunte Liste zehn weitere Stadträte unserem Antrag zustimmen.

ÖDP und Bunte Liste haben zudem beantragt: Ein allgemeines Recht der Bürger auf Einsicht in die Akten der Stadt Lindau.

Seit 2006 gilt das Informationsfreiheitsgesetz. Jeder Bürger hat demnach Zugang zu amtlichen Unterlagen, sofern Geheimhaltung nicht gesetzlich vorgeschrieben ist. Nicht mehr die Geheimhaltung ist jetzt die Regel, sondern die allgemeine Zugänglichkeit zu amtlichen Informationen. Nun muss nicht mehr der Bürger begründen, warum er Akteneinsicht will, sondern die Behörde, warum sie Unterlagen nicht herausgeben kann.

Wenn unser Antrag von der Mehrheit des Stadtrats unterstützt wird, dann können Lindaus Bürger in Zukunft bei der Stadt Akteneinsicht erhalten zu interessanten Themen wie z.B. Hafens, Parkhaus, Bahnhof, Limare, Eichwald

Transparente Mittelverwendung?

Was also tun als umweltbewusster Verbraucher? Zu einem professionellen Ökostromanbieter mit transparenter Mittelverwendung wechseln oder, um ein Zeichen zu setzen, trotzdem den regionalen „LiStrom grün“ wählen? Nein, nicht bevor die Lindauer Stadtwerke durch ein schlüssiges und glaubwürdiges Konzept mehr Engagement für erneuerbare Energien erkennen lassen. Keine Werbung, dafür aber bezüglich Aufpreis mit 3 Cent Rekordhalter unter den bekannten Ökostromanbietern, da wird man das Gefühl nicht los, dass sich hinter „LiStrom grün“ nichts weiter verbirgt als ein ungeliebtes Alibi-Projekt, mit dem man zeigen will, dass sich nur eine verschwindende Minderheit für Ökostrom interessiert.

Es wäre gut wenn die Lindauer Stadtwerke nicht nur ihren Strom, sondern auch das Ökostrom-Projektmanagement aus Vorarlberg importieren würden.

HEIDI STÖHR

XAVER FICHTL / ALEXANDER KISS

Raus aus der Investoren-Falle !

Statt Rendite: Stadttrendite

Seit Landkreise und Kommunen unter akuter Finanznot leiden, kreisen kleine und große Geier über den Städten. Sie heißen Procuramed, Fortress oder Ceberus (Höllenhund). Sie haben eifrige Helfer vor Ort, die ihnen die besten Stücke zum Fraß vorwerfen. Der FDP-Oberbürgermeister von Dresden verkauft den gesamten städtischen Wohnungsbestand (48 000 Wohnungen) an den US-Investor Fortress. Ein grüner Oberbürgermeister in Freiburg will mit CDU und Freien Wählern 7900 Wohnungen verkaufen. Mit dem erhofften Verkaufserlös von 510 Millionen EURO soll Freiburg plötzlich schuldenfrei werden. Ein Bürgerbegehren hat dies vorerst verhindert.

Ein SPD-Landrat verkauft das Lindauer Krankenhaus. Er und eine satte Kreistagsmehrheit leisten den politischen Offenbarungseid. Sie jammern, der Landkreis habe kein Geld. Gleichzeitig sind sie unfähig und unwillig ein Konzept zu erarbeiten wie der „arme Landkreis Lindau“ ein Krankenhaus wirtschaftlich kostendeckend betreiben kann. Einer dieser Politik-Versager im Kreistag will jetzt auch noch Landrat werden.

Gegen kommunalen Ausverkauf

Gegen diesen Zeitgeist der Privatisierung gibt es Widerstand. Mitarbeiter und Bürger wehren sich gegen den Verkauf von kommunalem Tafelsilber. Und nicht alle Kommunalpolitiker sind hasenfüßig und angstgetrieben. Nicht alle fallen angesichts leerer Kassen in Schockstarre und stellen das Denken ein.

Gegen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Einrichtungen spricht zum einen: Über viele Jahrzehnte hinweg haben die Kommunen mit ihren Wohnungsbaugesellschaften, Stadtwerken, Krankenhäusern große Vermögenswerte

geschaffen. Das geschah, um ureigene Pflichtaufgaben in eigener Regie und kommunaler Selbstverwaltung zum Wohle ihrer Bürger zu erledigen. Zum anderen spricht gegen Privatisierung folgendes: Wenn Privatinvestoren sich öffentliches Vermögen unter den Nagel reißen, weil sie sich davon eine zweistellige Verzinsung des eingesetzten Kapitals versprechen, dann muss die öffentliche Hand erst Recht ihr Vermögen behalten und selbst die Rendite abschöpfen.

Gegen eine Verschleuderung von Bürgervermögen an ausschließlich renditeorientierte Investoren gibt es aber auch zukunftsorientierte Konzepte. Unter dem Motto „Aktive Stadtentwicklung mit kommunalen Wohnungsunternehmen“ nutzt zum Beispiel die Stadt Schweinfurt ihr städtisches Wohnungsunternehmen als „Instrument der Stadtentwicklung“. Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser (CSU) über das Modell Schweinfurt: „Die Stadt Schweinfurt hat mit Nichtverkauf und Stärkung ihres Wohnungsunternehmens ein erwartungsgemäß schlagkräftiges, ja erstaunlich wirkungsvolles Instrument der Stadtentwicklung geschaffen. Die klassische Wohnraumbereitstellung und -bewirtschaftung, preiswert und mit gutem Standard, ist zwar noch das Kerngeschäft. Zunehmend löst die Gesellschaft aber auch Aufgaben der Stadtentwicklung sowohl im investiven wie im sozialen Bereich. Gleichzeitig verbleibt ein wachsendes Vermögen bei der Stadt.“

Wichtiger ist noch das Fazit, dass aus einem solchen Unternehmen weit mehr entsteht als „nur eine finanzielle Rendite“. Denn die Stadt erhält hier eine Stadttrendite. Diese Stadttrendite vereint in sich das Wirtschaftliche, gesellschaftlich Sinnvolle und Erwünschte und das Soziale.

Mit der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft (GWG) verfügt Lindau über ein gutes kommunales Wohnungsunternehmen. Dieses muss künftig auch als Instrument der Stadtentwicklung zum Einsatz kommen, gemäß dem Motto: Stadttrendite statt Rendite!

ALEXANDER KISS



Planlose Schulpolitik der bayerischen Staatsregierung

Tauziehen ums Büchergeld

Das Tauziehen um das Büchergeld hat noch kein Ende. Das bayerische Kabinett beschloss zwar die Abschaffung des Büchergeldes für das nächste Schuljahr, aber letztendlich ist noch unklar, ob der Freistaat oder die Kommunen für die Einnahmeausfälle in Zukunft aufkommen werden. Die CSU-Mehrheit im Bayerischen Landtag lehnte kürzlich einen Antrag der GRÜNEN ab, die Kommunen und Landkreise für die entstandenen Einnahmeausfälle zu entschädigen. Interessant wird sein, wie sich der MdL Rotter (CSU) als Kreistags-Mitglied zu diesem Thema verhalten wird.

Den Kommunen ist momentan freigestellt, ob sie das Büchergeld für dieses Schuljahr erheben wollen oder nicht. Der Stadtrat folgte einstimmig einem Antrag der Bunten Liste und wird die Einziehung des Büchergelds aussetzen - bereits Eingezeichnetes wird zurück bezahlt. Man darf gespannt sein, welche bildungspolitischen Ideen die CSU noch aus dem Hut zaubern wird. Das Trauerspiel ums Büchergeld ist jedenfalls bezeichnend für die Planlosigkeit bei der Schulpolitik... - frei nach dem Motto: „Rein in die Kartoffeln – raus aus die Kartoffeln!“

MATTHIAS KAISER

Ein Lobgesang auf die Bunte Liste

Wir sind gekommen, um zu beiben!

Vor 2 ½ Jahren führte mich die Arbeit an den Bodensee nach Lindau. Viele sind aus diesem Grund gekommen: Z.B. als Ingenieure zu Firmen wie Axima, Continental, Dornier, Liebherr, Metzeler, Siemens VDO, Tanner und Xomox. Arbeitsplätze gibt es auch in der Nähe Lindaus: Der Maschinenbau ist traditionell stark in Friedrichshafen. Zu ZF, MTU und EADS pendeln Menschen aus Vorarlberg und eben auch aus Lindau.

Im Gegensatz zu meiner Studienstadt Berlin herrscht hier fast Vollbeschäftigung, die Häuser sind bewohnt und das soziale Elend gering. Anziehend und schön sind die Landschaft, die Insel, die Kneipen, die Freizeitmöglichkeiten und nicht zu vergessen die Menschen – eine bunte Mischung.

Kommt man aus einer großen Stadt, vermisst man sicherlich die Vielfalt des kulturellen Angebots. Doch ich will mich nicht beschweren; für die Größe Lindaus gibt es hier ein sehr gutes Angebot und Bregenz ist nicht weit. Was jedoch wirklich fehlt ist höhere Bildung – es gibt keine Hochschule und keine wissenschaftliche Bibliothek. Jetzt werden viele fragen: Muß Lindau eine Hochschule bekommen, um mehr Bildungsmöglichkeiten zu erreichen? Nein, aber es fehlt ein Kristallisationspunkt, um den herum sich weitere Angebote entwickeln können. Dank der Bunten Liste wird es diesen in Lindau ab nächstem Jahr geben! Lindau erhält eine prächtige Stadtbücherei mit Archiv, die sich sehen lassen kann. Außen historisches Gebäude, innen groß, neueste Technik und das Alles mit Ausblick.

So wird es bald für Alle möglich sein, z.B. die Geschichte Lindaus und der LindauerInnen an einem einladenden Ort zu erforschen. Denn Geschichte gibt es hier an jeder Straßenecke:

500 Jahre war Lindau Freie Reichsstadt, war Vorreiter der Reformation, wurde vor 200 Jahren erst österreichisch, fast württembergisch und dann am Ende bairisch.

Das Projekt Bibliothek ist für alle Lindauer ein großer Gewinn. Dagegen würde die geplante Anbiederung an internationale Kongresse ein Betondenkmal werden, an dem sich die Lindauer nur zum Thema Größenwahn weiterbilden könnten.

Mit der Bunten Liste hat Lindau für mich auch angefangen Heimat zu werden. Sei es durch unsere regelmäßigen Treffen am Sonntagabend im Haus der Dialoge im Bahnhof auf der Insel, sei es durch die wahrhaftige und lebendige Politik, die die Bunten für Lindau machen.

„Wir sind gekommen, um zu bleiben“ singt die Band „Wir sind Helden“. Dies kann das Lebensmotto für das Bleiben der Akademiker in Lindau sein.

Für mich ist es das geworden.

MARTIN KNÖDLER

Endlich hat's geklappt !

Am 2. März 2008 sind Kommunal-, Kreistags- und Landratswahlen. Niemand ist mehr vor Angriffen der Parteien und Wählergruppen sicher. Jede und Jeder, die oder der halbwegs was hergibt, soll auf irgendeine Wählerliste. Auch Landratskandidaten müssen her. Die aber sollten mehr hergeben: Ginge es nach dem jetzigen Landrat, müsste sein Nachfolger zu mindest ein Klon seiner selbst sein.

Aber es hat geklappt. Findungskommission und Kreisvorstand der SPD haben den „Richtigen“ als Ersatz für Dr. Leifert gefunden: Den 35-jährigen Dr. Ulrich Fiedler aus Neu-Ulm. Seine besonderen Merkmale sind laut Lindauer Zeitung vom 22. September 2007: „Politisch aktiv war Uli Fiedler bisher noch nicht“. „Dennoch hat er im Gegensatz zu anderen, die Landrat Eduard Leifert gefragt hat, nicht Nein gesagt“. „Deshalb sei Fiedler der Richtige“, sekundiert Kreistags-Fraktionschef, Helmut Böller. Und weiter fasst Leifert die Erwartungen der Bürger an den Landrat noch zusammen: „Er muss die Position schon ausfüllen können“.

Auch Lindaus 2. Bürgermeister Dr. Uwe Birk freut sich schon auf Fiedler; denn, bei so viel „Kompetenz und Menschlichkeit“, ist er jemand, „mit dem ich auch ein Bier trinken werde“. Wenn Fiedler sich bisher auch noch nie in politischen Gruppen und Gewerkschaften betätigte, so kenne er sich doch, laut LZ, mit Zahlen aus und sei ein guter Handballspieler. Fiedler, der richtige Mann für „New-SPD“? Garant für: „weiter so“, im neoliberalen Geiste Leiferts? Für Privatisierung, Outsourcing, Privat-Public-Partnerships, Hartz IV, et cetera? Das wäre mit Heeb, dem „Anderen“, dem, der sich selbst bewarb, dem Vorsitzenden des Unterbezirks Allgäu-Bodensee, dem „Kanalarbeiter“ und lang-jährigen Parteisolddaten mit dem Stallgeruch von „Old-SPD“ und Gewerkschaften, vielleicht so nicht zu machen. Für seine Eigeninitiative wurde Heeb prompt öffentlich abgewatscht. Und, zu seiner SPD-/Ver.di-Bahn-Regional-Konferenz am 25. August 2007, zu der Teilnehmer bis aus Tübingen kamen, schickte die Kreis- und Stadt- SPD gerade mal eine Person. Toll!

LOTHAR HÖFLER

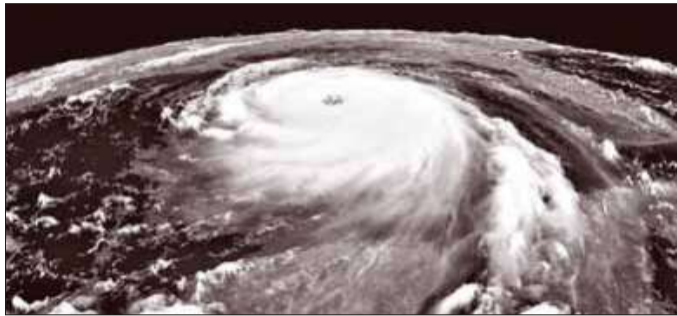
... der werfe den ersten Stein !

Natürlich ist es einfach, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Immer die anderen sind die noch größeren Umwelt-Schweine. Ich mach doch schon alles, so gut ich kann. Dass bei einem Fingerzeig dennoch drei Finger auf mich zeigen macht mich nachdenklich. Ein bißchen Spaß und Lebensfreude sollte doch noch drin sein, leider meist wenig umwelt- oder CO₂-konform.

Für unsere Spaß- und Urlaubsgesellschaft wird es in absehbarer Zeit „Schluß mit lustig“, nämlich dann, wenn per Verordnung Einschränkungen von uns verlangt werden. Wer sich allerdings jetzt schon (in Abwandlung eines Bibelzitats) frei von Umweltsünden hält, der werfe den ersten Stein. Ich bin's nicht!

Im dritten Teil unserer Klimaserie zeigt unser Experte Peter Triloff auf, wie die Klimaveränderungen bereits in bedrohliche Nähe aufgerückt sind.

KARLHEINZ BROMBEIS



Unser Klima im Wandel (3)

Veränderungen vor der Haustüre

Verglichen mit der teils bereits dramatischen Änderung des Klimas in weiten Teilen der Welt scheint Mitteleuropa nördlich der Alpen bislang noch eine Insel der Seligen: Immer noch ausreichend Regen, weitgehend angenehme Temperaturen, schwache Wetterextreme. Was in den Boden kommt, wächst, vertrocknet nicht. Dennoch, auch in Lindau hat der Wandel des Klimas spätestens etwa Anfang der 90er Jahre begonnen, wie Messdaten einer Mess-Station im Osten Lindaus seit 1991 und Beobachtungen zeigen.

Entwarnung?

Über das Jahr gesehen, ist die Jahres-Durchschnittstemperatur seit 1991 um knapp 1°C, das durchschnittliche Minimum um knapp 2°C gesunken. Die Nasszeiten haben seit 1991 von 3.500 auf 4.300 Stunden/Jahr bzw. um 23% zu-, die Niederschläge im selben Zeitraum um 5% abgenommen. Das andere Bild ergibt sich nach einer Aufteilung in die 12 Monate des Jahres. Hier zeigt sich eine deutliche Abkühlung in den Wintermonaten, beginnend im Dezember: die Durchschnittstemperaturen sind in den letzten 17 Jahren um 0,5 bis 2°C gesunken, die Minimum-Werte sogar bis zu 4°C. Der April markiert den Wendepunkt von der generellen Abkühlung im Winter zu einer kräftigen Erwärmung im Sommer und Herbst. Diese hat ihren Höhepunkt im Juni, dessen Durchschnittstemperatur in den letzten 17 Jahren um ca. 2°C gestiegen ist; die Maximumtemperatur um etwa 3°C. Falls sich dieser Trend nicht verstärkt, wird in etwa 30 Jahren, d.h. um 2040, die für den Bodenseeraum vorhergesagte Zunahme der Durchschnittstemperaturen von etwa 6°C im Sommer - bezogen auf 1991 - erreicht sein. Unter denselben Voraussetzungen dürften die Durchschnittstemperaturen in den Sommermonaten von derzeit 17°C auf etwa 22°C steigen, die durchschnittlichen Höchsttemperaturen im Sommer 37°C, die absoluten Höchstwerte deutlich die 40°C-Marke überschreiten.

Heute noch Winter, morgen schon Sommer

Die Erwärmung von Mai bis in den Oktober wird durch eine Abkühlung im Juli und besonders kräftig im August unterbrochen. Im September und Oktober setzt sie sich mit 1 bis 2°C wieder fort und erreicht im November den Wendepunkt zu den kälter werdenden Wintermonaten. Auffällig ist die in einigen Monaten teils kräftig zunehmende Spreizung der Maximal- und Minimaltemperaturen, d.h. die Temperaturschwankungen sind extremer und schneller geworden. Bei den Nasszeiten fällt eine nahezu ganzjährige Zunahme auf, die im Herbst am stärksten ausgeprägt ist und im November mit ca. 80% fast eine Verdoppelung erreicht hat. Ein Rückgang ist mit ca. 15% nur im Juni zu beobachten.

Wechsel zwischen Dürre und Hochwasser

Bei den Niederschlägen haben sich in den letzten 17 Jahren ebenfalls Veränderungen herausgebildet. Die mit 20% bzw. knapp 40% kräftige Abnahme der Niederschläge im November und Dezember, die etwa 50%ige Zunahme im Januar und schwächer im Februar, belegen auch in Lindau die aus den Alpen bereits bekannte Verschiebung der Hauptniederschläge vom Früh- in den Spätwinter. Im März und April sind die Niederschläge seit 1991 um knapp 20% zurückgegangen, im Juni hat der Rückgang inzwischen fast 60% erreicht, d.h. die Regenmenge im Juni beträgt heute nur noch gut 1/3 von damals. Die Abnahme im Juli liegt bei

knapp 40% seit 1991. In absoluten Zahlen: in beiden Monaten ist der Niederschlag zwischen 1991 und 2007 von 400 auf 225 Liter/m² gesunken. Die seit etwa 2003 extremen Niederschläge im August mit enormen Regenmengen in kürzester Zeit sind begleitet durch Überschwemmungen (Vorarlberg 2005, Gesamtschaden 188 Mio. Euro, Hochwässer auch in Lindau) und haben dessen zuvor neutralen Trend inzwischen auf fast 80% Zunahme getrieben. Nach einer etwa 30%igen Zunahme im September und Oktober seit 1991 markiert der November den Wendepunkt zum trockeneren Frühwinter.

Die Messwerte bestätigen die Prognosen

Zusammenfassend kann vermerkt werden, dass sich das Klima in Lindau und der Bodenseeregion in den letzten 17 Jahren deutlich verändert hat. Die daraus abgeleiteten Trends sind nach dieser kurzen Zeit bereits recht unempfindlich gegen statistische Ausreißer im Wetter und entsprechen in ihrer Charakteristik in etwa den Prognosen für Bodenseegebiet und Alpen-Rheintal von Prof. Seiler, Institut für Meteorologie und Klimaforschung (IMK-IFU) in Garmisch-Partenkirchen. Wird der bisherige Trend der Erwärmung im Sommer linear in die Zukunft verlängert, erreicht die Zunahme der sommerlichen Durchschnittstemperaturen gegen 2040 die vom IMK-IFU errechneten 6°C.

Die Niederschläge haben vor allem im Juni und Juli stark abgenommen, während sie im August und im Herbst gestiegen sind. In den Wintermonaten haben sich die Hauptniederschläge vom Früh- in den Spätwinter verschoben. Die Intensität der Niederschlagsereignisse hat zu- und deren Dauer abgenommen, Hagelschläge werden häufiger. Die typischen Sommergewitter im Juli und August haben sich mit einer Zunahme von Häufigkeit, Ausdehnung und Stärke in den Mai und Juni verschoben. Diese Verlagerung passt zu der kräftigen Erwärmung im Mai und Juni und der Abkühlung im Juli und August. Mit diesen Entwicklungen liegt der bisherige Klimawandel in Lindau auch bei den Niederschlägen in etwa auf der Linie der Prognosen des IMK-IFU.

Mit der weiteren Erwärmung in der Region werden auch die Voraussetzungen für Stürme, Extremniederschläge und Hagel durch einen höheren Energie- und Wassergehalt der Luft immer günstiger, so dass diese an Häufigkeit und Stärke weiter zunehmen werden.

Erste Beispiele für die beginnende Verschiebung von Klimamustern sind die seit Beginn der 90er Jahre in etwa der Hälfte der Jahre im Februar auftretenden Warmphasen von etwa 14 Tagen Dauer, verursacht durch warme Luftmassen aus Südwesteuropa sowie das Verschwinden der Herbstnebel. Diese früher im November häufigen Bodennebel sind weitgehend verschwunden, wurden teilweise durch Hochnebel ersetzt und haben im November in Lindau zu einer Zunahme der Globalstrahlung geführt.



Hochwasser in den Alpen, August 2005 (Quelle: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien)

Ohne stabiles Klima keine stabile Nahrungsproduktion

Die Warmluftinbrüche aus Südwesteuropa im Februar sind die Ursache für die zu Beginn der 90er Jahre abrupt erstmalige Verfrühung des Austriebs der Pflanzen um etwa 3 Wochen von Ende März/Anfang April auf etwa Anfang März. Diese im Obstbau schwerwiegende Veränderung verlängert die Vegetationsperiode und führt zu einem deutlich höheren Risiko für Frostschäden. Eine im Jahr 2003 erstmals aufgetretene, abrupte und etwa 6 Wochen lange Trockenperiode hat sich im April dieses Jahres zum zweiten Mal in 5 Jahren wiederholt. Die Niederschläge im April waren um 81% niedriger als der 17-jährige Durchschnitt, die Temperatur um knapp 3° erhöht.

Die außergewöhnliche Wärme und Trockenheit im vergangenen Winter hat bereits im September letzten Jahres eingesetzt und war Teil der weltweit extremen Wettersituationen der letzten 12 Monate. Diese für Sonnenanbeter höchst erfreuliche Wetteranomalie rückt eine in Vergessenheit geratene, aber hochsensible Abhängigkeit unserer Gesellschaften von einer ungestörten Nahrungsproduktion wieder in den Vordergrund. Trotz High Tech in allen Bereichen des Lebens, unerschöpflich überquellenden Regalen in den Läden, reichen in Europa banale 40-50 Tage ohne nennenswerten Regen aus, und die Ernten eines Jahres an Getreide, Gemüse, Obst, Viehfutter fallen auf dem Kontinent zu einem Großteil aus. Aufgrund der seit September 2006 um 25% niedrigeren Niederschläge wäre dies heuer im Mai bereits nach ca. 40 Tagen eingetreten. Regen nach 30 Tagen Trockenheit und Hitze hat Europa im April 2007 deshalb knapp vor einem solchen Szenario verschont. Das dritte Mal schon in den letzten 5 Jahren, denn 2003 und 2006 kam es zu ähnlichen Situationen. Das Essen wächst nicht im Supermarktregal und es gibt meist nur eine Chance pro Jahr für seine Produktion.

Diese plötzlichen Wetteranomalien sind nicht vorhersagbar und die pflanzliche Produktion europaweit durch eine nur alle paar Jahre benötigte Bewässerung abzusichern, ist vom Wasserbedarf her sowie technisch und finanziell nicht darstellbar. Zumal das erste, was von den Behörden bei Wassermangel eingestellt würde, die Bewässerung landwirtschaftlicher Kulturen ist, um die Versorgung der Städte einigermaßen zu sichern. Folge für die Landwirtschaft könnte sein, dass noch verfügbare Restmengen an Wasser für Acker- und Gartenbau versteigert würden, wie in diesem Jahr in Australien bereits der Fall. Der Obstbau am Bodensee (40% der deutschen Kernobstproduktion) würde zudem eine einmalige, über 50-tägige Dürre größtenteils nicht überstehen, da anders als im Acker- und Gemüsebau - Ersatzpflanzungen verdorrter Bäume erst nach ca. 3 Jahren ihre vollen Früchte bringen, falls eine weitere Dürre diese nicht erneut frühzeitig hinwegrafft. Das Risiko abrupten Dürren wird mit der weiteren CO₂-bedingten Klimaänderung auch am Bodensee zunehmen. (Fortsetzung auf Seite 4)



Falsch geparkt: Durch Geschiebe verschüttetes Fahrzeug nach dem Hochwasser im August 2005 (Quelle: dto.)

Kleine Veränderungen, große Wirkung

Weiters hat die Erwärmung im Mai und Juni negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft und den Obstbau. Sie führen zu erhöhtem Befall durch Krankheiten und Schädlinge, wie der Feuerbrand dieses Jahr deutlich gemacht hat. Traditionelle Apfelsorten der kühleren Klimate wie Boskoop, Cox Orange und Jonagold legen bei hohen Temperaturen nach der Blüte in den jungen Früchten zu viele Zellen an, wodurch viele Früchte zu groß und weich werden und nicht lagerfähig sind. Der Anteil qualitativ hochwertiger Früchte nimmt dadurch ab. Da die Bodenseeregion aus Gründen einer Anpassung an neue Sorten vor etwa 10 Jahren stark in den Anbau wärmeliebender Sorten wie Braeburn, Gala und Fuji investiert hat, konnten als „Nebeneffekt“ erste Auswirkungen des Klimawandels am See teilweise kompensiert werden. Mit immer noch hohen Anteilen „traditioneller“ Sorten wäre die ökonomische Lage des Apfelanbaus am See heute noch kritischer, da in zu vielen Jahren zu wenig hochwertige Früchte geerntet würden, um die Einkommen der Betriebe zu sichern.



Sonnenbrand auf Jonagold im Juli 2007 (Quelle: Triloff)

Die Sonne als Schädling ?

Die starke Erwärmung und Austrocknung im Juni und Juli lässt frisch gepflanzte Bäume schlecht anwachsen und führt in den letzten Jahren zu steigenden Schäden bis etwa 20% des Ertrags einer Apfelanlage durch Sonnenbrand auf den jungen Äpfeln. Gründe sind warme Nächte über ca. 20°C, die eine Abkühlung der Früchte verhindern, zusammen mit starker Sonneneinstrahlung und hohen Tagstemperaturen, welche diese an der der Nachmittagssonne ausgesetzten Seite überhitzen.

Ein unkalkulierbares Risiko sind die häufigeren und stärkeren Hagelschläge geworden, die in Minuten das Familieneinkommen für ein ganzes Jahr weitgehend vernichten können und die Lieferfähigkeit gefährden. Aufgrund der gestiegenen Häufigkeit und Stärke sind Hagelnetze inzwi-

schen der einzig mögliche Schutz. Die Bodenseeregion hat seit etwa 2000 einen deutlich zweistelligen Millionenbetrag investiert, nur um Ernten zu sichern! Hagelnetze sind daher als Folge des bisherigen Klimawandels auch ein Mahnmal für dessen Folgen!



Hagelschäden an Äpfeln im Juni 2001 (Quelle: Triloff)

Im Herbst, wenn die Äpfel kurz vor der Ernte rote Backen bekommen sollen, wird dies in einer Mehrzahl der Jahre schwieriger, da das Rot Ergebnis warmer Tage und kalter Nächte ist. Diese Temperaturunterschiede im September sind in immer mehr Jahren so gering, dass die Äpfel kaum färben, was wiederum ihren Preis reduziert. In den letzten 20 Jahren hat sich durch die gestiegenen Temperaturen der Erntezeitpunkt um etwa 2 – 3 Wochen verfrüht, was die Rotfärbung noch einmal unsicherer macht.

Konkurrenten im Vorteil

Nicht nur hohe Temperaturen schädigen Bäume und Früchte, auch Schädlinge profitieren von mehr Wärme und Nässe: Der Falter, der aus dem Wurm im Apfel entsteht, fliegt inzwischen 3 Wochen früher und verursacht mit teilweise zwei kompletten Generationen pro Jahr höhere Schäden.

Hohe Temperaturen fördern Schädlinge und Mehltau, mehr Feuchtigkeit den Apfelschorf. So hat sich der Anteil stark mit diesem Pilz befallener Anlagen in den letzten 10 Jahren verdoppelt; Folge der zunehmenden Feuchtigkeit im Spätsommer und Herbst.

Nicht nur der Obstbau, auch die Forstwirtschaft sieht Veränderungen: aufgrund steigender Temperaturen und abnehmender Sommerregen wird die Fichte in wenigen Jahren in Höhenlagen unter etwa 800 m nicht mehr normal gedeihen, da sie dort weitgehend außerhalb ihres Klimakorridors wachsen müsste.

Einem zügigen Umbau der Wälder in Richtung wärme- und trockenheitsresistenterer Arten hinkt die tatsächliche Ent-

wicklung weit hinterher. Die steigenden Temperaturen führen auch zu einer enormen Vermehrung der Borkenkäfer, deren Brutstätten durch vermehrte Sturm- und Trockenschäden zunehmen.

Lindau AM Bodensee ?

Obwohl der Klimawandel in Lindau und dem Bodenseegebiet erst schwach ausgeprägt ist, sind seit Jahren robuste Trends zu einer Erwärmung und Austrocknung im Sommer und einer Abkühlung und Anfeuchtung in den Wintermonaten erkennbar, die in etwa den Prognosen entsprechen. Davon spürt man bislang am deutlichsten die Zunahme extremer Niederschläge, starke Temperaturschwankungen in kürzester Zeit und Hitzeperioden.

Diese Veränderungen haben bereits Auswirkungen auf die hiesige Land- und Forstwirtschaft und laufen langfristig auf eine sinkende Produktion an Nahrungsmitteln und pflanzlichen Rohstoffen hinaus. Durch die in den letzten Jahren erstmals aufgetretenen abrupten und europaweiten Dürren kommt ein neues Risiko kurzfristiger enormer Ernteausfälle in weiten Teilen Europas hinzu. Mit der nicht mehr aufzuhaltenden weiteren Erwärmung in den nächsten 40 Jahren ist eine Verschärfung dieser Entwicklung auch am Bodensee sicher. Bei weiter sinkenden Sommerniederschlägen wird Lindau zeitweise keine Insel mehr sein.

PETER TRILOFF

**Wir sind
IHRE STIMME
im Stadtrat.**

**Deshalb:
IHRE STIMME
für die Bunte Liste!**

...natürlich
Bunte Liste 

Blick über den Lindauer Tellerrand:

Den Stau an der Bahnschranke beseitigen !



Tagtäglich verursachen die notwendigerweise häufig geschlossenen Bahnschranken am Nordende des Lindauer Bahndammes Ärger bei wartenden FußgängerInnen und RadfahrerInnen. Wie derart regelmäßig auftretende und häufig ärgerliche Situationen sinnvoll vermieden werden können, haben die Stadtratsmehrheiten und Verwaltungsspitzen von Lindauer Nachbarstädten längst aufgezeigt.

Das rechte Foto vom September 2007 zeigt, wie in Friedrichshafen eine ähnlich beengte Raumsituation für eine Bahnunterführung wie am Aeschacher Ufer mit Hilfe



von Treppen und einer Rampe für Kinderwagen, RadfahrerInnen und Rollstühle gelöst wurde. Die Bregenzer Fußgängerunterführung, welche das Kaufhaus Sutterlüty, die darunter befindliche Tiefgarage, die Bahnsteige des dortigen Hafenhofes und das Hafengebäude selbst verbindet, zeigt zudem auf, dass der extrem nahe liegende Bodensee mit dem hohen Grundwasserspiegel im unmittelbaren Uferbereich kein technischer Hinderungsgrund für eine derart menschenfreundliche Lösung darstellt. Lindaus Verwaltungsspitze samt Oberbürgermeisterin Petra Seidl und die Stadtratsmitglieder sollten sich möglichst rasch für

eine ähnliche Lösung am nördlichen Bahndamm-Ende entscheiden und diese auch tatkräftig umsetzen lassen.

KARL SCHWEIZER

www.bunteliste.de

Impressum

V.i.S.d.P. KarlHeinz Brombeis, Hasenweidweg 31, 88131 Lindau (B)
Auflage: 11.500 Exemplare
Satz, Layout und Produktion: Pit Hartmann